

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Kasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

13 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6600-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für drei Ausgaben: Mt. 1.— monatlich, Mt. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn. Mt. 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb des Reichs. — Bezugs-Verhältnisse nehmen anderen entgegen: in Wiesbaden die Deutsche Buchdruckerei, in allen Teilen des Reichs: in Wiesbaden die Deutsche Buchdruckerei und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 20 Hg. für deutsche Anzeigen im „Reichsblatt“ und „Kleiner Anzeiger“ in räumlicher Größe; 25 Hg. in davon abweichender Sachausführung, sonst für alle übrigen deutschen Anzeigen; 15 Hg. für alle ausländischen Anzeigen; 1.25 Hg. für ähnliche Kleinanzeigen; 2.50 Hg. für auswärts gerichtete Kleinanzeigen. — Bei unregelmäßiger Abnahme unregelmäßiger Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Nachschlag. — Bei unregelmäßiger Abnahme unregelmäßiger Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Nachschlag.

Anzeigen-Kategorie: Für die Rhein-Rundg. bis 12 Uhr morgens; für die Morgen-Rundg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W., Reichsamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Lützow 6202 u. 6203. Für die Aufnahme von Anzeigen an beschrifteten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 13. Juli 1917.

Abend-Ausgabe.

Nr. 352. • 65. Jahrgang.

Eine neue Verschärfung der Krisis.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

L. Berlin, 13. Juli. (Fig. Drahtbericht. Jb.) Der Kampf um die Parlamentarisierung des Reichs und um die Person des Kanzlers tobt weiter. Als wichtigstes Bescheidnis ist der jüngste Vorstoß der Nationalliberalen anzusehen. In späterer Nacht wurde uns gemeldet, daß die nationalliberale Fraktion einen sehr ungewöhnlichen Schritt getan hat, der eine neue Verschärfung der Krise zur Folge haben muß. Sie hat durch ihren Vorsitzenden, den Prinzen Schönau-Carolath, den Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts v. Valentini von ihrem Beschluß benachrichtigen lassen, daß sie die Regierungsführung nicht gelöst anzusehen vermögen, wenn Herr v. Bethmann Hollweg im Amt verbleibt. Herr v. Valentini gab dem Reichsfänger persönlich im Lauf des Tages von dem der Krone übermittelten Beschluß Kenntnis. Somit hat sich die zweite der großen Reichsparteien auf dem Schlachtfeld gestellt, die schon das Zentrum einnimmt, daß sie im Verweilen des Herrn v. Bethmann Hollweg ein Hindernis für die Friedenserhebung erblickt.

Der Empfang der Parlamentarier beim Kronprinzen, der an Krisenworgänge der Regierungzeit Friedrich Wilhelms I. erinnert, wo Kronprinz Friedrich Portefeuilleträger zu sich hat, diente nach dem Eindruck der Beteiligten dazu, dem Kaiser einmal offen durch den berufenen Mittelmann die klare Ansicht des Reichstags bekannt werden zu lassen. Der erste Sozialdemokrat wurde in Kronprinzlicher Audienz empfangen: Dr. David hat sich mit aller Offenheit über die Stellungnahme seiner Partei geäußert, die ohne die Schaffung einer verantwortlichen Reichsregierung nicht an eine Lösung der Krise glauben will. Herr v. Payer dürfte kaum eine hier von sehr verschiedene Ansicht vorgetragen haben. Die Berufung Sirese manns an Stelle des Prinzen Schönau-Carolath wird als ein Symptom dahin angesehen, daß auch die ministerielle Befähigung der Berufenen in Betracht kommt. Die Herren Erzberger (Zentr.) und Reitin (Deutsche Fraktion) haben sogar ihre ministeriellen Befähigungsnochweise in der Tasche. Graf Westarp (Kons.) freilich wird nicht mit dem Wunsche nach einem Portefeuille erscheinen sein.

Br. Berlin, 13. Juli. (Fig. Drahtbericht. Jb.) Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, hat Graf Hertling bis abends noch keine Einladung an die Mitglieder des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ergehen lassen.

Vor der Entscheidung über das Rücktrittsgesuch des Kanzlers.

Abg. Schiffer der neue Justizminister?

Br. Berlin, 13. Juli. (Fig. Drahtbericht. Jb.) In der Frage der Kanzler- und Ministerkrise schreibt das „V. Z.“: Voraussichtlich wird die Entscheidung über die Rücktrittsgesuche des Kanzlers und der Minister gleichzeitig fallen. Wie es heißt, ist für Herrn Bessler der nationalliberale Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer in Aussicht genommen.

Die Empfänge beim Kronprinzen.

Berlin, 12. Juli. (Jb.) Über den Empfang der Parteiführer beim Kronprinzen meldet das „V. Z.“, daß der Kronprinz die Abgeordneten nacheinander empfing und ihre Haltung über die Lage, insbesondere aber auch über ihre Stellung zu der Frage eines eventuellen Kanzlerwechsels zu hören wünschte. Wie verlautet, betonte der Kronprinz dabei, daß er damit einem Wunsch seines Vaters Folge leiste, der ihm nahegelegt habe, durch Unterredungen mit den Parteiführern sich selbst eine Meinung über Herrn v. Bethmanns Politik zu bilden.

Br. Berlin, 13. Juli. (Fig. Drahtbericht. Jb.) Über die Empfänge beim Kronprinzen meldet die „V. Z.“: Der Plan, mit maßgebenden Volksvertretern unmittelbar über die Lage zu sprechen, war ein Gedanke, den der Kronprinz selbst vorgeschlagen abend sagte. Der Kronprinz begrüßte den eintretenden Abgeordneten auf das Liebendwürdigste und ersuchte ihn, seine Ansichten darzulegen. Der Abgeordnete entwickelte seine Gedanken über die schwebenden Fragen. Der Kronprinz stellte hierauf eine Reihe von Fragen und eruchte um Ausführungen über solche Zusammenhänge in den Darlegungen des betreffenden Abgeordneten, die ihm noch zu fehlen schienen.

Die Unterhaltung war lebhaft, offen und frei, so daß der Thronerbe ein genaues und vollkommenes Bild der Anschauungen eines jeden empfangenen Herrn erhalten hat. Der Inhalt der zwischen dem Kronprinzen und dem empfangenen Abgeordneten geführten Gespräche entzieht sich fast vollständig jeder Anbeutung und es wird auch von den Beteiligten darüber Stillschweigen bewahrt.

Der Wunsch, daß der Kronprinz in unmittelbarer Nähe der politischen Ereignisse die Entwicklung der Krise verfolgen solle, ging vom Kaiser aus. Die Idee, seine Kenntnis der inneren Zusammenhänge der gegenwärtigen Lage durch per-

sönliche Aussprache mit den Volksvertretern zu ergänzen und richtig zu stellen, entsprang einer eigenen Anregung des Kronprinzen. Dieser Gedanke, der so schnell und glücklich in die Tat umgesetzt wurde, hat alle Teile befriedigt und für alle erproblich gewirkt.

Eine neue Friedensformel.

Br. Berlin, 13. Juli. (Fig. Drahtbericht. Jb.) Wie das „V. Z.“ aus dem Reichstag hört, haben fast alle Fraktionen, insbesondere die fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum, alle noch nicht in Berlin weilenden Mitglieder nach der Hauptstadt geladen. Schon das ist ein Zeichen der unverändert kritischen Lage. Donnerstagnachmittag erfuhr man, daß inzwischen eine neue Friedensformel aufgesucht sei, und zwar aus der Mitte der nationalliberalen Fraktion — ihr Vater soll angeblich Professor van Calker sein —, eine Formel, die dem Vernehmen nach härter den unbedingten Willen zum Durchhalten und zum Siege betont. (Wie das auch nach unserer Ansicht auf das allerdringendste zu wünschen ist. Schriftl.) Angeblich soll auch das Zentrum sich schon in der durch den Anfall Dr. Spahns plötzlich unterbrochenen Fraktionsführung bereit erklärt haben, auf dem Boden der neuen Formel zu stehen. Am späten Nachmittag waren wiederum die Fraktionsmitglieder vereinigt, und wurden neue Sitzungen der Fraktionen einberufen. Das Blatt meint weiter, es ist gewiß kein Zufall, daß gerade der nationalliberale Abgeordnete Professor van Calker neuerdings eine Vermittlerrolle zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum spielt. Herr van Calker steht nämlich schon seit längerer Zeit in militärischer Eigenschaft in München und verkehrt auch am bayerischen Hofe. Noch verworrener liegen die Dinge in der Frage der Parlamentarisierung. Nicht nur aus den Reihen der Bundesregierungen, sondern auch aus den Reihen der Fraktionen sollen allerlei Gedanken namentlich über die praktische Durchführung der Parlamentarisierung laut geworden sein, und allerlei Ansichten scheinen dafür zu sprechen, daß ein großer Teil der Parteien heute fest geneigt ist, diese Frage noch einige Monate lang zurückzustellen.

Einwirkung der bayerischen Abgeordneten auf die Haltung des Zentrums?

Berlin, 12. Juli. (Jb.) Das „V. Z.“ meldet: Die Schwankung, die sich in der Zentrumsfraktion vorzubereiten scheint, dürfte, wie wir hören, nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß namentlich die meisten bayerischen Abgeordneten in Berlin eingetroffen sind und in die Verhandlungen aktiv eingegriffen haben. Sie haben, wie wir hören, sehr scharf gegen die Politik und die Person Erzbergers Stellung genommen und von ihrem anexionistisch orientierten Standpunkt aus auf eine Änderung der „Friedensformel“ gedrungen.

übile Kampfmittel.

Berlin, 12. Juli. Die „Voss. Ztg.“ schreibt in einem Berliner Telegramm: Mit welchen Kampfmitteln der Kanzler von einem Teil seiner Gegner bekämpft wird, dafür liefert heute der „Berl. Lok.-Anz.“ einen Beweis. Das Blatt knüpft im Leitartikel an das Gerücht an, die Wiener Regierung habe sich für den Verzicht des Kanzlers in seinem Amt erklärt und verzeichnet das weitere Gerücht, der Kanzler habe sich diese Vertrauenskränkung bestellt, zum mindesten darauf Einfluß geübt. Das Blatt sagt zwar, es wolle das Gerücht „in diesem Falle“ für unrichtig halten, setzt aber weiter hinzu, ein solches Telegramm aus Wien existiere, und knüpft daran in längeren Ausführungen eine Zurückweisung derartigen Gerüchten des verbündeten Staates. Ganz abgesehen von der unbegreiflichen Gleichgültigkeit gegen die Schwächung politischer Werte, die in einer derartig begründeten Zurückweisung liegt, ist es doch geradezu unerhört, daß hier dem Kanzler mittels Verbreitung von Gerüchten, deren Bösartigkeit auf den ersten Blick zu erkennen ist, unterstellt wird, er schwebe nicht davor zurück, sich hilfsuchend an die verbündete Regierung zu wenden. Durch alle Nebenwendungen, die gebraucht werden, schwimmt die Absicht dieser Unterstellung klar hindurch. Die Venerierung des Blattes, daß es „in diesem Falle“ das Gerücht einer bestimmten Arbeit für unrichtig halten wolle, ist bezeichnend für seine politische Kampfmittel. Jedenfalls ist das ganze Vorgehen für jeden, der auf einen reinlichen Betrieb der Politik Wert legt, geradezu beschämend. Ob und woher dem Reichskanzler Aufregungen des Vertrauens zugehen, geht niemand etwas an, so lange diese Aufregungen nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Einem Staatsmann, dessen Sturz man wünscht, aber nachzusagen, er bestelle sich bei einer verbündeten Regierung Vertrauenskränkungen, übersteigt das Maß des im politischen Kampf Erlaubten.

Die konservativen Hoffnungen auf den Widerstand der Bundesstaaten.

— Berlin, 13. Juli. (Jb.) Die „Deutsche Tagesztg.“, die sich gegen eine Parlamentarisierung des Reichs wendet, schreibt u. a.: Jedenfalls stehen nicht nur die kaiserlichen Rechte, sondern zugleich auch die Rechte der deutschen Bundesstaaten in der gegenwärtigen Krise auf dem Spiel und wir möchten hoffen, daß die Bundesregierungen, die die große Gefahr jetzt erkannt zu haben scheinen, un-

zügig handeln, um den Grundcharakter des Deutschen Reiches gegen die Mächte der parlamentarischen Condottieri zu schützen und zu sichern.

Der „Vorwärts“ zur Kandidatur Bülow's.

— Berlin, 13. Juli. Der „Vorwärts“ meint gegenüber einer etwaigen Kandidatur des Fürsten Bülow: Der Mann, der das Wort sprach, die auswärtige Politik Deutschlands wird nicht in der Ossearische gemacht, ist schwerlich geeignet, mit seiner Außenpolitik der Demokratie die von der Zeit gebotenen Zugeständnisse zu machen. Er, der so viel von dem Verschuldet hat, worunter wir heute leiden, kann nicht berufen sein, die aus den Fugen gegangene Welt wieder einzuräumen.

Allerhand weitere Vermutungen und Meinungen.

— Berlin, 13. Juli. (Jb.) Die „Morgenpost“ schreibt zur Kanzlerkrise: Wir würden ihn (Bethmann Hollweg) mit Bedauern sehen, aber sein Schicksal wiegt nicht ein Quantum von dem, was das Schicksal unserer Nation wiegt. Und wenn es sein muß, so werden wir unter anderer Diktung dem Ziel zustreben, das es um unseres Vaterlandes und unseres Volkes willen zu erreichen gilt.

Im „V. Z.“ schreibt in einem „Der Kampf gegen den Reichskanzler“ überschriebenen Artikel L. R. u. a.: Wenn Herr v. Bethmann Hollweg, wie vorausgesehen ist, vor einer durchgreifenden Tat im Reiche, vor einer nicht nur scheinbaren Parlamentarisierung zurückschreckt, wenn er auf Seitenwegen den Notwendigkeiten auszuweichen versucht, dann wird er nicht als der Mann gelten müssen, der seinen Erneuerungsenthusiasmus verbirgt. Dann würde er nicht fallen, weil er die Zeichen der Zeit zu gut begriffen hat, sondern weil er sie, obwohl er schon von ihnen gesprochen hat, nicht begreift.

Nach der „Voss. Ztg.“ verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß die Regierung den Reichstag am Samstag nach der Bewilligung des Kredits bis zum Oktober verlagern will. Inzwischen beabsichtigt Herr v. Bethmann Hollweg, die sogenannte Parlamentarisierung durchzuführen, d. h. einzelne Abgeordnete in die Regierung zu berufen. Wie das Blatt meint, würden die Fraktionen diese Maßnahme nicht als Parlamentarisierung anerkennen und sich volle Freiheit des Handelns vorbehalten. Es sei höchst fraglich, ob unter solchen Umständen Herr v. Bethmann Hollweg Parlamentarier als Minister gewinnen könne.

Berechtigte Wiener Zuversicht zur deutschen Krise.

W. I. B. Wien, 12. Juli. Die „Wiener Allg. Ztg.“ schreibt: Kaiser Wilhelm hat wahrhaft kaiserlich, und zwar gerade volkskaiserlich gehandelt, als er, kaiserliche Rücksichten auf die etwaigen Kommentare der prinzipiell böswilligen Auslegung des feindlichen Auslandes beiseite schiebend, gab, was zu geben er längst als notwendig erkannt hat. In diesem Sinne glaubte ja natürlich auch die Entente nicht an die deutsche Revolution, denn sie weiß sehr gut, daß es einem Volke, wie dem deutschen, und einem Herrscher, wie Kaiser Wilhelm, eine Keimigkeit sein muß, nach so ungeheuren Taten, nach so gewaltigen neuen Erkenntnissen und Ausblicken, nach einer so einschneidenden geistigen Einigung über Ziele und Bedürfnisse der Gegenwart wie der Zukunft die geringen Reibungs-möglichkeiten zu beseitigen. Wie Deutschland einer Weg gefunden hat auf den Schlachtfeldern, unter den Gewölfen und durch die schwindelnde Höhe der Lüste, wie es ihn gefunden durch die Räte des Hungerkrieges und die strengen Anforderungen eiserner Kriegsarbeit hindurch, so wird es ihn finden auch auf der friedlichen Walfahrt des Hauses der Völkerrettung, von Mann zum Mann, vom deutschen Mann zum deutschen Mann.

Wann und wie?

Der königliche Wahlrechtsverlag hat in denjenigen politischen Kreisen, die sich für die baldigste Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen einsetzen, nicht die Genugtuung ausgelöst, die man an amtlicher Stelle vielleicht erwartet hat. Aus zwei Gründen ist die volle Freude ausgeblieben. Erstens ist der Zeitpunkt der Einbringung der neuen Vorlage im unklaren gelassen. Man hatte auf den Herbst gehofft. Im königlichen Erlaß heißt es: „so frühzeitig, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können“. Die nächsten Wahlen können während des Kriegs hinausgeschoben werden. Der königliche Erlaß legt sich auch ausdrücklich auf die Osterbotschaft vom 7. April 1917. In der Osterbotschaft aber stand geschrieben: „Bei der Rückkehr unserer Krieger“ soll die „grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt“, soll also die Vorlage zum Rechtszustand werden. Das ist nicht der Herbst und nicht der Winter, sondern das ist der Friede, und wann der und blüht, wissen wir ja immer noch nicht. Man soll das Eisen schmieden, so lange es warm ist. Das königliche Versprechen des gleichen Wahlrechts ist ein Kind der Kriegsstimmung. Nach während des Kriegs muß das Gesetz zustande kommen. Das ist die Meinung aller, die die Zeichen der Zeit verstehen, und außerdem die harten Widerstände kennen, die sich gegen die Reform aufzumachen ansetzen. Ein zweiter Grund der mangel-

den Freude ist die Aussicht, daß der bestehende Landtag über die Einführung des gleichen Wahlrechts beschließen soll. Das Massenwahlrecht soll sich selbst das Todesurteil sprechen! Der Abgeordnete Friedrich Raumann hat dies im Anschluß an die Osterhoffnung treffend ausgedrückt: Kann man dem Herrenhaus beibringen, nicht mehr Herrenhaus zu sein? Kann man dem Dreiklassenhaus beibringen, nicht mehr als solches zu wirken? Dazu müßten Zeichen und Wunder geschehen! Nun, Zeichen und Wunder geschehen genug, draußen an den Fronten, im Eisenhagel der feindlichen Übermacht. Werden die hinter der Front im Feuer der Zeit weich werden? Wird ihr Widerstand gegen das Neue in der Politik dahinschmelzen, wie einstmal das Wachs an des Marsus Flügeln? Wie viele unter ihnen tragen jetzt den Offiziersrock. Alle unsere Offiziere aber, die drei Jahre hindurch zusammen mit ihren Leuten den Schützengraben, überhaupt das ganze Feld- und Kriegsleben geteilt und ihre Leute nun wirklich kennen gelernt haben in ihrem Mut ihrer militärischen Tüchtigkeit und in ihrer Vaterlandsliebe, werden sie sich vor dem Kulllosen Geistes der Internationalen beim deutschen Arbeiter wie vor dem Mann im Mond fürchten? Werden sie, wie sie gerade nach preussischen System militärisch auf hartnäckige Mündigkeit und Selbständigkeit des einzelnen Mannes hinarbeiten, ihm nach dem Krieg das, die politische Mündigkeit darstellende Wahlrecht gönnen? Hat die Regierung die Arbeiterkraft, den Liberalismus und das ganze Volk in Waffen hinter sich, dann sollten die paar unverbesserlichen Reaktionen hinter den Fronten doch in der Tat kein unüberwindliches Hindernis mehr zu bedeuten haben dürfen!

Das ist ein Gedankengang, eine Hoffnung. Mehr aber auch nicht. Ihr steht die Befürchtung entgegen — und dieser geben die bisherigen Grundgedanken von der rechten Seite durchaus Nahrung —, daß es auch anders kommen kann, und deshalb sucht man nach Mitteln und Wegen, um die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen auf alle Fälle zu sichern. Diese Wege sind einmal die Ostrozyerung, und dann ein Reichstagsbeschluss. Der königliche Erlass denkt nicht an die Ostrozyerung. Streng staatsrechtlich ist sie auch unzulässig. Das geltende Dreiklassensystem beruht zwar auf Verordnung, aber diese Verordnung, erlassen auf Grund der weitgehenden Vollmachten der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848, kann nur durch ein Gesetz, sogar nur durch ein in den Formen der Verfassungsänderung erlassenes Gesetz, abgeändert werden, da ihre grundlegenden Bestimmungen, insbesondere das wesentliche des Dreiklassensystems, in die geltende Verfassung vom 31. Januar 1850 (Art. 70-74) aufgenommen und damit der Abänderung im Wege der Verordnung, selbst dem einer sog. Rechtsverordnung, entzogen sind. So weit die Juristen. Aber die Politiker sagen sich: Schon einmal ist in Preußen eine „Ostrozyerte“ Verfassung geschaffen worden. Es war nichts Beforderliches. Aber könnte durch Ostrozyerung nicht auch einmal ein gordischer Knoten durchhauen, ein schier unlösbar scheinendes Problem glänzend gelöst werden? Und wenn dieses durchaus nicht gut, ist ein Reichstagsbeschluss etwas so Unabwendbares, Unfassliches? Ist nicht alle Politik die Politik der Macht, und steht das Reich nicht politisch über allen Partikularisten-Bedenken? Schon um des moralischen Grundes willen wäre das Rechtswort des Reichstags — das in der derzeitigen Krise erstarkten Reichstags — nicht zu verachten. Das preussische Ministerium des Innern hat nach dem Willen der Osterhoffnung die Aufgabe, sich im einzelnen auszuwenden, wie alles eingeführt werden soll. Es hat die Pflicht, über alle Mittel nachzusinnen, durch die das gleiche Wahlrecht in Preußen gesichert und jede Querulerei beseitigt wird.

Die Unabhängigkeit der Neuordnung von den Meinungen des Auslands.

Köln, 12. Juli. (ab.) Die „Köln. Ztg.“ schreibt (unseres Erachtens durchaus zutreffend. Schriftl.): Auch wenn eine weitere Neuordnung außer dem Wahlrechtsverhältnis kommen wird, wird sie nicht als Wirkung des Drucks der feindlichen öffentlichen Meinung kommen, auch nicht als Nachahmung ausländischer Einrichtungen, sondern als Ergebnis des Ringens der inneren Kräfte und Erfahrungen im deutschen Volk. Was kommen wird, in welchem Maße die Parlamentarisierung — wie das neueste Redewort lautet — ausgeführt wird, ist heute noch nicht zu sagen. Die Mütter besprechen auch den Plan eines Staats- oder Kronrats. Unseres Wissens ist der Gedanke schon seit längerer Zeit entworfen worden. Wahrscheinlich gibt es andere mögliche Lösungen. Im Vordergrund der Erörterungen steht noch immer die Personenfrage, insbesondere die Reichstagsfrage.

Der Tauchbootkrieg.

Weitere 24000 Br.-R.-Tonnen!

W. L. B. Berlin, 12. Juli. (Amstsch.) Neue U-Boots-erfolge in der Biscaya und im englischen Kanal: 24000 Brutto-Registertonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Abah“ (4397 Tonnen) mit Stückgut von Kanada nach Gibraltor, der bewaffnete französische Dampfer „Bearn“ (1271 Tonnen) mit Stückgut von Bazar nach Brest, die französischen Segler „Alexandre“ von Tenez nach Brest, „La Tour d'Argon“ mit Fischladung nach La Rochelle, portugiesischer Dampfer „Cabo Verde“ (2220 Tonnen) mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordeaux. Die Ladungen der übrigen Schiffe befanden, so weit wie festgestellt werden konnte, aus Kohlen, Erz und Erznüssen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Deutsche U-Boote in den nordschwedischen Gewässern.

W. L. B. Kopenhagen, 12. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Aus Nordschweden wird berichtet, daß in den dortigen Gewässern deutsche U-Boote tätig seien. Gerüchteleise wird gemeldet, es seien mehrere Dampfer aufgebracht worden, darunter der schwedische Dampfer „Korsland“. Ein deutsches U-Boot hielt gestern den Seebootdampfer „Karl von Linné“ an. Der Dampfer erhielt jedoch noch Untersuchung des Schiffspapieres die Erlaubnis zur Weiterreise.

Der Tagesbericht vom 13. Juli.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 13. Juli. (Amstsch.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
An der flandrischen und Artoisfront war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf stark. Feindliche Vorstöße östlich von Newport, südöstlich von Ypern, bei Hulluch und südlich der Scarpe wurden zurückgeschlagen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Wieder war die Kampftätigkeit der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert. Auch auf dem linken Maasufer erreichte das Feuer abends große Festigkeit.

An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in frischem Draufgehen die vom Feinde am 8. Juli zurückgerückten Gräben wieder. Die Befestigungen wurden niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt. Die von uns in den Kämpfen am 28. Juni gewonnenen Stellungen in 4 Kilometer Breite sind einschließlich ihres Vorfeldes damit wieder voll in unserer Hand.

Trotz heftiger Gegenwirkung brachte ein Erkundungsvorstoß bei Brunay und Gewinn an Gefangenen und Beute.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
Die Lage ist unverändert.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, zwei weitere durch Abwehrfeuer. Oberleutnant Ritter von Lutzsch, der am 12. Juli zwei feindliche Flugzeuge zum Absturz brachte, errang gestern durch Abschluß eines Fesselballons den 16. Luftsieg.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Düna, bei Smorgon und an der Schtschara war die Geschütztätigkeit rege. Auch westlich von Luga lebte sie infolge eigener Erkundungsvorstöße zeitweilig auf. Südlich des Dnjestr sind an mehreren Stellen der Lomniea-Linie russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen drangen nach starkem Feuer mehrfach feindliche Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

Mazedonische Front.
Oestlich der Ridze Planja löste ein erfolgreicher ungarischer Vorstoß örtliche Gegenangriffe der Serben ab; sie schlugen verlustreich fehl.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der russische Heeresbericht vom 11. Juli.

Westfront: In der Richtung auf Dolin setzten unsere Truppen die Verfolgung des durch die Kerne des Generals Kornilow auf der Front Sepul-Stanislaw-Bogorodskan vollständig geschlagenen Feindes nach Nordwesten fort. Gegen Mittag nahmen unsere tapferen Truppen unter dem Befehl des Generals Tschermisow die Stadt Galicz ein und warfen ihre Bochen auf das linke Dnjestrufer. Bei Einbruch der Dämmerung erreichten unsere Truppen das Donnicatal auf der Front Lomniea-Ründung-Trojanow und warfen nach kurzem Kampf ihre Vortruppen auf das linke Flußufer, wobei sie die Dörfer Wudalki und Sobine besetzten. Die Abteilungen, die die Front Bogorodskan-Tolctonia angriffen, brachen den feindlichen Widerstand und erreichten die Linie Pasetsch-Djessourka-Kosmatot. Im Verlauf dieses Kampftages machten wir mehr als 2000 Gefangene und erbeuteten etwa 80 Geschütze. Im ganzen machten wir an den drei Kampftagen, 8., 9. und 10. Juli, in der Richtung auf Dolin mehr als 150 Offiziere und 10000 Mann zu Gefangenen, erbeuteten ungefähr 50 Geschütze, darunter 12 schwere, außerdem eine große Zahl Grabenkampfmittel und Maschinengewehre, ebenso eine beträchtliche Menge Kriegsgüter und Schießbedarf. Auf dem übrigen Frontteil lebhafterer Artilleriekampf in der Richtung auf Horow und bei Brzezanj. — Rumänische und Kaukasusfront: Die Lage ist unverändert. An der Ostsee machten am 9. Juli Geschwader feindlicher Wasserflugzeuge drei Streifen gegen Arenburg und gegen Oesel, wobei sie etwa 30 Bomben auf Meeren, Batterien und andere Anlagen abwarfen. Alle Würfe forderten Menschenopfer und verursachten Schaden.

Fortdauer der Anarchie in der russischen Provinz.

W. T. B. Stockholm, 12. Juli. Nach den russischen Lokalblättern dauern in der Provinz die bisherigen anarchischen Zustände fort. In Ruliz z. B. drang eine große Schar Bauern in das Sitzungsgebäude des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats ein, verjagte die Deputierten, zerstörte alles und zerstückte das Bildnis Kerenski's. Dagn verhaftete die Bande eine große Anzahl bekannter Bürger, die nach allen Plätzen verschleppt wurden. — In Woronesch hat der dortige Arbeiter- und Soldatenrat den Erzbischof Tschon verhaftet und dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, der die sofortige Entlassung des Kirchenfürsten befanderte, kurz und klündig erklärt, er habe sich in die Maßnahmen des Woronescher Arbeiterrats nicht einzumischen.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Erneuerung des griechisch-serbischen Bündnisses?

W. T. B. Athen, 12. Juli. (Agence Havas.) Die Besprechungen zwischen der griechischen und serbischen Regierung über die Erneuerung des zwischen beiden Ländern abgeschlossenen Vertrags dauern fort. Der Vertrag soll erneuert werden und die Bande des Bündnisses zwischen Griechenland und Serbien noch enger knüpfen.

Deutsches Reich.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft zu den Friedenszielen.

Die Vorstanderversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft hat folgende Entschliessung gefaßt: Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist durchdrungen von der Überzeugung, daß der Verlauf des Weltkrieges die innige gegenseitige Verknüpfung heimatischer und überseeischer Kolonialer Betätigung immer zwingender hervorzuheben läßt. Die Wahrung der Weltmachtstellung Deutschlands und der drohende Wirtschaftskampf erheischen gebieterisch, daß dem deutschen Vaterlande in Europa eine feste Machtstellung erzungen wird, die seine Seegeltung sichert und den Zugang zum Weltmeer offen hält. Sie verlangen aber ferner, daß die überseeische Betätigung Deutschlands durch den Besitz eigener Kolonien in wesentlichen erweiterter Grenzen in Anlehnung an überseeische Stützpunkte gewährleistet wird. Ohne Sicherstellung der Rohstoffversorgung drohen der deutschen Volkswirtschaft und damit auch unserer arbeitenden Bevölkerung unheilbare Gefahren.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft begrüßt daher mit freudiger Begeisterung den durch den Staatssekretär des Reichskolonialamts im Namen des Reichskanzlers in Leipzig erklärten Willen, die Rückgabe unserer sämtlichen Kolonien und den Ausbau eines starken Kolonialreichs in Afrika durchzuführen.

Eine solche Erweiterung ist in erster Linie in Mittelafrrika — Festland und Inseln — anzustreben. Das ermöglicht den Zusammenschluß der bisherigen deutschen Kolonien. Das faßt auch den Erwerb westafrikanischer Kolonien in sich, die bei ihrer dichten Bevölkerung, dem Reichtum an rasch gewinnbaren kolonialen Rohstoffen und der Möglichkeit der Anlegung von Flottenstützpunkten für uns von unersehbarem Wert sind.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhebt gleichzeitig den schärfsten Einspruch gegen den Gedanken einer Aufgabe unserer wirtschaftlich und flottenstrategisch so wertvollen Südpazifikkolonien und tritt nach wie vor eindringlich für die Wahrung der überaus wichtigen deutschen Interessen in Ostasien ein.

Aus Stadt und Land.
Wiesbadener Nachrichten.

Die Obst- und Gemüsefrage.

II.
Nun noch ein Wort über die allgemeine Beschlagnahme des Gemüses und Obstes im Regierungsbezirk Wiesbaden. In den jüngsten Reichstagsberatungen hat der Präsident des Kriegsernährungsamts erklärt, alle Sachverständigen hätten von der Beschlagnahme dringend abgeraten; es bestehe also Höchstpreise ohne allgemeines Beschlagnahme recht, und solche Höchstpreise sind stets ein Schlag ins Wasser und stiften mehr Nachteile wie Vorteile; sie lassen die Ware vom Markt verschwinden, ohne daß die Notwendigkeit gegeben ist. Gegenmaßnahmen gegen dieses Verschwinden zu treffen. Aber warum bestehen denn so erhebliche Bedenken gegen die Beschlagnahme? Man hat kürzlich auf die Beschlagnahme der Metalle verwiesen als einen Beweis, daß es auch beim Obst und Gemüse ginge. Nichts ist irriger wie diese Annahme. Metalle sind unverderblich und gebuldig, man sammelt sie und benutzt sie auf bis zu ihrer Verwendung. Obst und Frischgemüse sind das verderbliche Nahrungsmittel, sie müssen Tag für Tag geerntet und sorgsam behandelt werden. Nehmen wir an, der Regierungspräsident hätte das Recht der Beschlagnahme des gesamten Obstes und Gemüses in seinem Bezirk und es machte von diesem Recht Gebrauch, was wird sich dann ereignen? Die Landwirte und Gärtner erhalten die Höchstpreise und treten das Eigentum an ihren Erzeugnissen ab. Wer soll nun die tägliche Pflege des Gemüses und die tägliche Ernte der zum Markt reifen Erzeugnisse vornehmen? Der enteignete Eigentümer taugt am wenigsten zu dieser Aufgabe, ganz abgesehen davon, daß eine Verpflichtung für ihn nicht besteht; er würde selbst, wenn solche Verpflichtung geschaffen werden könnte, seine Aufgabe nur widerwillig erfüllen; und die Unregelmäßigkeiten bei der Ablieferung und die Vernachlässigungen in der Pflege des Gemüses würden in die Tausende gehen, denn es handelt sich um Tausende von Erzeugern im Bezirk, die nach der Entleerung ihrer Erzeugnisse die alte Sorgfalt kaum mehr entfalten würden. Wer beschlagnahmt, hat die Pflicht, die tägliche Pflege des Gemüses zu übernehmen, es täglich zu ernten und die Ernte auf die Städte zu verteilen, also eine Aufgabe zu erfüllen, die bisher nur von sachverständigen, an Gewinn interessierten Menschen erfüllt wurde. Glaubt denn ein Mensch, daß eine solche Aufgabe von Behörden erfüllbar wäre angesichts des sicher eintretenden Widerwillens der Gärtner und Landwirte, wirklich wertvolle Hilfe zu leisten, eines Widerwillens, den nun einmal der schwere Eingriff in das Eigentum schaffen wird? Wo kommen denn die Menschen her, die die Ernte und Pflege des Gemüses besorgen? Glaubt man, wie aus Duhenden von Zuschritten hervorgeht, mit Militär und Schulkindern diese Aufgabe lösen zu können? Man wird sich schwer täuschen. Haben wir nicht genug an den Erfahrungen, die mit der Beschlagnahme der Zweifeln im vorigen Jahre gemacht wurden? Der damalige Schritt des Kriegsministers wurde anfangs stürmisch begrüßt; aber wie schnell folgten die grausamsten Enttäuschungen, wie viel Zweifeln sind durch diese Beschlagnahme, durch die Störung des Großhandels, der Ernte und der Zufuhren zugrunde gegangen. Es liegt eben eine Aufgabe vor, die nicht zu lösen ist, sie scheitert an der Eigenart der Waren und an den nötigen sachverständigen Leuten, an dem Mangel an gutem Willen der Enteigneten, es geht einfach nicht; es handelt sich um Tausende von Erzeugern, deren Erzeugnisse im Falle der Beschlagnahme von Acker zu Acker, von Garten zu Garten bewirtschaftet, geerntet und heringebacht werden müßten. Dazu kommt, daß auch der Landwirt trotz guter Verdienste verbittert ist; er muß mangels der nötigen Leute außerordentlich arbeiten, er muß doppelte Löhne zahlen, die Materialien, wie Düng usw., sind außerordentlich teuer geworden, es fehlt an Gespannen; der Landwirt sieht hinüber zur Kriegsindustrie, die die Riesengewinne einsteckt, und er verzagt nicht einzusehen, warum er, der unter so schweren Verhältnissen arbeitet, auf Höchstpreise

festgelegt werden soll, die er nun einmal für zu niedrig hält. Es hat keinen Zweck, hier zu erörtern, ob und inwiefern die Forderungen der Landwirte berechtigt sind, nur eines ist sicher, treibt man den Konflikt zwischen Stadt und Land nun aufzuheben, verfährt man zünftigste Beschlagnahme, dann ist der Zusammenbruch sicher.

Also ich meine, abgesehen von diesen allgemeinen Erwägungen, wer Höchstpreise festsetzt, muß auch das Beschlagnahmewort verwenden, sonst sind diese Preise nur von Nachteil und die Ware verschwindet; hat man sich davon überzeugt, daß es, wie Herr v. Batocki sagt, mit der Beschlagnahme nicht geht, dann soll man auch die Höchstpreise lassen, man soll es dem freien Handel überlassen, dem Angebot und der Nachfrage, der Initiative der Städte, die dann aufzutaufen und der Bevölkerung billigere Waren (unter den eigenen Einkaufspreisen) liefern können.

— Vom Wochenmarkt. Die Hauptmarktstage sind in Wiesbaden von jeder Dienstag, Donnerstag und Samstag. Es ist also nicht auffallend, wenn heute der Markt weniger gut besetzt war als gestern. Gestern war er in der Tat sehr gut besetzt; das Angebot deckte die Nachfrage nicht nur vollkommen, an den Ständen der Stadt waren sogar abends noch große Mengen Gemüse übrig.

— Todesfall. Vorgertern ist im „Kaufmannsclub“ nach langer Krankheit der Kaiser Herrmann Douffier gestorben. Er wurde 1861 als Sohn eines Wiesbadener Lehrers geboren. Viele Jahre war er als Zeichenlehrer an der hiesigen Gewerbeschule tätig.

— Unfall. In der Kiliansstraße stürzte gestern infolge eines Radstichs ein Postillon den seinen Bogen und zog sich dabei Verletzungen zu, welche das Aufgebot der Sanitätskommission und seine Verbringung in das städtische Krankenhaus notwendig machten.

— Personal-Nachrichten. Dem Landratsdirektor Simon am Hofen-Sanktgericht ist der Charakter als Geheimrat verliehen worden.

— Wohlstandsförderung. Es sei nochmals auf die am nächsten Sonntag im Kurgarten stattfindenden volkswirtschaftlichen Sonderausstellungen aufmerksam gemacht, deren Einnahmen der Förderung des Wiederaufbaues der Grenzstadt Eptisbach dienlich gemacht werden sollen.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Die Weinwirtschaft wegen Anzuchtverpflichtung geschlossen. In Braubach a. Rh., 12. Juli. Orches Kuffchen erst ist hier die politische Schließung der Weinwirtschaft. Seit dem 1. Juli, Orches Anzuchtverpflichtung ist eine nur vom besten Publikum bekannte Maßnahme. Die Gründe dieser Schließung sind: heimliche Schweinefleischungen, Fütterung des Schweinehandels, Abgabe von Fleischschinken ohne Karten und an heimlichen Läden, Anzuchtverpflichtung im Handel usw. Jetzt braucht man sich nicht zu wundern, wenn alle Welt zu „Salamin Wein“ Neß, um hier gut und reichlich zu trinken.

Getöhlene Brotarten. h. Simberg, 12. Juli. Durch die Aufmerksamkeit des Bürgermeisters in Staffel kamen umfangreiche Brotartenverordnungen in unserer Stadt heraus. Ein Schilling der hiesigen Brotartenverordnungen verkaufte einem Staffler Junge 8 Brotarten für 2 R. Unter Range die Karten beim Bürgermeister zum Besten der Verordnungen, schickte dieser Bericht und nahm den Jungen in ein Verhör, wobei der Handel verraten wurde. Die polizeiliche Untersuchung ergab, daß mehrere Angehörige der Brotartenverordnungen, in der die Brotarten getöhlte werden, an den Diebstahl beteiligt sind. Die Betroffenen verkaufen die Karten oft unter beträchtlichen Preisen an Abnehmer. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Neues aus aller Welt.

Ein großer englischer Passagierdampfer verbrannt.

W. T. B. Kangoon, 12. Juli. (Drahtbericht.) Das Schiff der Britischen India Line „Alitta“, das am 30. Juni von Madras nach Canton abgegangen war, geriet in Brand und mußte preisgegeben werden. An Bord befanden sich 19. bis 1700 Passagiere. Man hat noch keine weiteren Einzelheiten, doch scheint es, daß viele Menschenleben verloren gegangen sind.

Handelsteil.

Nassauische Lebensversicherungsanstalt Wiesbaden.

Das abgelaufene Jahr hat das im vorjährigen Bericht entworfen Bild über die geschäftliche Lage der Anstalt wenig zu ändern vermocht. Ungünstigere Zeiten als die jetzigen lassen sich ja auch für die Lebensversicherung im allgemeinen und insbesondere für die junge Anstalt kaum danken. Die Zahl der hauptsächlich auf dem Lande noch vorhandenen männlichen, für die Lebensversicherung in Betracht kommenden Personen hat durch die ununterbrochenen starken Einziehungen zum Heeresdienst eine derartige Verminderung erfahren, daß vielerorts selbst durch die beste Organisation keine nennenswerten Ergebnisse mehr zu erzielen sind. Trotz der mißlichen Verhältnisse, die sich bei dem kleinen Geschäftsbereich der Anstalt doppelt fühlbar machen, ist es der Anstalt gelungen, gegen das Vorjahr eine kleine Steigerung des Neugeschäfts zu erzielen und damit in den jetzigen schwierigen Zeiten vor neuem dem Beweis für ihre Existenzberechtigung zu erbringen. Der durch den Krieg herbeigeführten schwierigen Verhältnisse hat die Anstalt weiter Rechnung getragen, indem sie durch weitestgehende Stundung der Prämien ermöglichte, daß namentlich die in den Krieg gezogenen Versicherten ihre Versicherungen zum Wohle ihrer Familien aufrecht erhalten können.

In der großen Lebensversicherung wurden 127 Neuanträge über 138 225 M. Kapital eingereicht, von denen 109 über 671 100 M. auf freie Versicherungen und 18 über 707 735 M. auf sogenannte Tilgungsverversicherungen entfallen. Bei der Volksversicherung liefen 326 Anträge über 450 814 Mark Kapital ein. Einschließlich der aus dem Vorjahr als unerledigt übernommenen Anträge lagen in der gesamten Kapitalversicherung 560 Anträge über 189 Mill. M. Versicherungssumme vor. In der großen Lebensversicherung waren 15 Kriegsterbefälle über 68 492 M. zu verzeichnen. Von den in der Volksversicherung eingetretenen 70 Todesfällen über 41 467 M. Versicherungssumme entfallen auf normale Sterbefälle 57 Versicherungen über 28 307 M. Versicherungssumme und auf Kriegsterbefälle 13 mit 12 560 M. Der Bestand in der großen Lebensversicherung belief sich auf 1051 Policen über 5 44 Mill. M. Kapital, in der Volksversicherung auf 3211 Policen über 2 91 Mill. M. Die Prämien-einnahme betrug in der großen Lebensversicherung 270 071 Mark. Die Gesamteinnahmen betragen 781 231 M., davon einschl. 418 580 M. Oerthgen, Ausgaben von 778 449 M. gegenüberstehen. Davon entfallen 56 069 M. auf Versicherungsverpflichtungen, 61 184 M. auf Rückversicherungsprämien, 448 116 M. auf Främienreserven und 98 653 M. auf Prämienüberträge. Der Überschuss in dieser Abteilung beträgt 782 M. In der Volksversicherung betragen die Prämien-einnahmen 124 020 M. und die Gesamteinnahme:

einschl. 279 449 M. Überträgen 51 921 M., davon an Gesamt- ausgaben 448 987 M. gegenüberstehen, und zwar 35 402 M. Versicherungsverpflichtungen, 33 183 M. Rückversicherungsprämien und 290 785 M. Främienreserven. Der Überschuss beträgt in dieser Abteilung 2905 M. und fließt wieder in die Gewinnreserve der Versicherten. Die Todesfallversicherung verzeichnet in diesem Jahre einen Sterblichkeitsgewinn von 11 776 M., dagegen weist die Rentenversicherung wieder einen Sterblichkeitsverlust, und zwar 1050 M., und die Volksversicherung von 1290 M. aus.

Antilleche Devisenkurse in Deutschland.

W. T. B. Berlin, 13. Juli. (Drahtbericht.) Telegraphische Auszahlungen für:

Table with exchange rates for various countries: Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Konstantinopel, Spanien.

Antillecher Wechsel-Zinssatz.

Table with exchange rates for various cities: Berlin, Amsterdam, London, Petersburg, Schwels, Brüssel, etc.

Ausländische Wechselkurse.

w. Amsterdam, 12. Juli. Wechsel auf Berlin 35 02 1/2 (zuletzt 35.00), auf Wien 2:40 (22.00), auf die Schweiz 53 85 (52.80), auf Kopenhagen 70.75 (70.00), auf Stockholm 75 85 (75.55), auf New York 242.37 (242.50), auf London 11.55 (11.55%), auf Paris 49 55 (42.55).

Banken und Geldmarkt.

§ Vom Berliner Geldmarkt. Berlin, 13. Juli. Tägliche Geld ist reichlich zu 4% bis 4 1/2 Proz. erhältlich, und der private Wechselzinsfuß stellt sich nach wie vor auf 4 1/2 Proz. und darunter. Noch immer werden Schatzanweisungen des Reiches und Städtewechsel lebhaft gekauft.

Industrie und Handel.

* Die Niederlausitzer Kohlenwerke, A.-G. in Berlin, werden aller Voraussicht nach wieder eine Dividende von 14 Proz. vorschlagen.

* Die Hedwigshütte, Anthrazit-, Kohlen- und Kokswerke James Stevenson, A.-G. in Stettin, schlägt für 1916/17 eine Dividende von 16 Proz. (1 V. 9 Proz.) vor.

* Der Geschäftskrieg. Die amerikanische Industrie versucht mit allen Kräften, das neue Bündnis mit den Entente-Staaten geschäftlich auszunutzen und insbesondere den früheren deutschen Wettbewerb dauernd zu verdrängen. So ist von ihr ein großer Anhang der bedeutendsten amerikanischen Maschinenfabriken eine Generalvertretungsstelle in Turin geschaffen worden. Durch gemeinsame Inzerate jener Firmen wird im „Sole“, dem wichtigsten italienischen Handelsblatt, für die amerikanischen Erzeugnisse Propaganda gemacht. Die Amerikaner beziehen sich hauptsächlich auf Werkzeugmaschinen.

Wettervoraussage für Samstag, 14. Juli 1917

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Vorwiegend heiter, Gewitterneigung, sonst trocken u. warm.

Wasserstand des Rheins

Table with water levels for different locations: Nieblich, Pagan, Gamp, Mainz.

Die Abend-Ausgabe umfasst 4 Seiten.

Hauptredakteur: K. Jägerberg.

Verantwortlich für den Inhalt: K. Jägerberg; für den Verlagsbetrieb: Dr. phil. E. Sturm; für den Buchhandel: G. v. Rantzsch; für den Anzeigenteil: G. v. Rantzsch; für den Druck: G. v. Rantzsch; für die Anzeigen und Briefkasten: G. v. Rantzsch; für die Anzeigen und Briefkasten: G. v. Rantzsch; für die Anzeigen und Briefkasten: G. v. Rantzsch.

Gross-Wiesbaden 3 Vorstellungen Walthalla: Samstag um 8 Uhr, Sonntags um 5 und 8 Uhr 7 grosse Schlager! Preise der Plätze: Saal 20 Pf., Logen u. Tischlogen 1.20, Balkon (ohne Trinkzwang) 60 Pf.

Bis zum 29. Juli nach hier beurlaubt.

Sprechstunden 10-12 Uhr. Dr. med. Otto Julius Müller, Luisenstraße 8.

Ich halte Sprechstunde Dienstag, Donnerstag, Samstag, 3 bis 4 Uhr. Dr. Schellenberg.

Gegen Durchlaufen. Girsch u. Salizyl-Talg, Salizyl-Säure, Gerlach Präparative. Drogerie Bude, Lammstraße 5.

Hemmens Stenographie- und Schreibmasch.-Gesuche! Lehrbüro Neugass. 5 an Behörden! Schnell - Diskret Generalbevoll. Dolmetsch. d. Regier.

Belze in n. d. neuesten Modellen umgearb. Ladelose Ausf. Billige Preise. Jenny Matter, Reichstraße 11.

Gelegenheitskauf! Anklavier, Piano, wenig gebraucht, in Valisander, erhalt. Fabrikat, im Auftrag preiswert zu verk. Bogner, Schwalbacher Straße 1.

Prima Bettfedern zu verk. Philippsbergstraße 1. Bart.

Waschkammode mit Marmorplatte u. Spiegel, vollst. Bett mit Couch, Truhen, Spiegel m. Konsol, 11. Veltmündg. Klappwagen mit Verdeck, Eisfächer für Kitchend. oder Wecker geeignet, zu verk. Dellmündstraße 15, 1.

Leichte Federrolle, 12 Zentner, zu verk. oder gegen schwere, 20 Zentner, zu vertauschen. Adelheidstraße 86, Laden.

Federhandwagen zu verk. Adelheidstraße 86, Laden.

Mafulatur zu haben im Tagbl.-Verlag.

Dezimalwaage u. Ankleidespiegel zu verk. Balzengasse 27, Bart.

Wagnen, Eisenräder, feuerf. Ton- u. Quarzgefäße zu verk. gef. Angeb. u. S. 890 an den Tagbl.-Verl.

Wein und Privatbest zu kaufen gesucht. Offerten unter 2. 888 an den Tagbl.-Verlag.

Brillanten u. Perlen läuft zu haben Preisen Hofenan, Marktplatz 3.

Antike Möbel, Gemälde, Porzellan, als Tassen, Figuren u. Uhren läuft zu guten Preisen Hofenan, Marktplatz 3. Telefon 6584.

Kaufe für ein Institut 4 Planos und 2 Harmoniums auch ältere. Offerten unter O. 891 a. d. Tagbl.-Verlag.

Piano und Kassenkrant zu kaufen gesucht. Offert. mit Preis Postfach 102 Wiesbaden.

Hochhäupt. Bett u. Kleiderkrant zu kaufen gesucht. Off. u. N. 889 an den Tagbl.-Verlag.

Schlafzim., Veriito, Hüften und Kollern zu l. gesucht. Off. u. Preis u. B. 880 an den Tagbl.-Verlag.

Möbel-Einrichtung für 1 Zimmer, auch einzeln, zu kaufen gesucht. Off. unter K. 889 an den Tagbl.-Verlag.

Kaufe gegen sofortige Kasse vollständige Wohnung, u. Zimmer, Einricht., Nachlässe, einzelne Möbelstücke, Antiquitäten, Piano, Kassenkrant, Kuchn. u. Kuffelwagen u. Kleiderbesteck. Off. Reininger, Schwalbacher Str. 47. Telefon 6372.

Gutes Mobiliar für Pension zu kaufen gesucht. Off. unter E. 889 an den Tagbl.-Verlag.

Hohe Bezahlung! Kaufe Möbel und Klappwagen. Postfach gemitt. Dellmündstraße 15, 1. Stad.

Gesucht Steinopisthin, geübten Alter, perfekt in Stenographie und Schreibmaschine. Leichter Korrespondenz, wären selbständig zu erledigen. Anträge mit Gehaltsansprüchen unter B. 890 an den Tagbl.-Verlag.

Zucht. Köchin gef. Fremdenhof Wilhelm.

Ledermappe m. Geschäftspapieren a. d. Bank von d. Kader. liegen gelassen. Gegen 10 Pf. Belohn. abzug. Poststr. 84, 1.

Verloren Alb. Brosche, Vorderl. Schwarz, mit Rosen bemalt, am Dellmündstraße 80-82. Abzug. gegen Belohn. Walfischstr. 30, 1. r. Gold. Herrring verlor.

Gegen Belohnung abzugeben. Adresse im Tagbl.-Verlag.

Grau far. Dese verloren Banoramapog. Poststr., Paulinenstr. u. d. Bahnh. Abzug. gegen Belohn. Drollen-Rentrolle.

Sonntag vor 3 Wochen großer Schlüsselbund, circa 16 Schlüssel, verloren. Gegen 5 Pf. Belohnung abzug. Rumburg, Polizeidirektion, Reichstraße.

Entlaufen Heiner (d. d. Dadel, gelb gezeichnet (Künder), Wiederbringer erh. Belohnung Albrechtstraße 20, 2.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Nassau.

Wanderungen durch Kunst und Geschichte. Von F. Luthmer

Geb. Baurat u. Konservator des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Ein Reisebegleiter auf Entdeckungsfahrten durch unser schönes Sassa uerland. Wer auf fröhlicher Wanderung die Täler und Wadgebirge unserer engeren Heimat noch beleben will durch die Gestalten und Geschehnisse der Vergangenheit, findet in diesem Buche in anspruchsvoller Kürze ohne die Beilast gelehrter Studien und belebt durch ausgewählten Bilderschmuck nach den eigenen Skizzen des bekannten und berufenen Verfassers reiche Anregung und sicher manche Fingerzeige, die ihn seitwärts locken von den üblichen Touristenwegen. 160 Seiten auf feinem Dünnruckpapier mit 89 Federzeichnungen, Messig als Taschenbuch gebunden Mk. 3.50. 690

Hofbuchhandlung **Heinr. Städt.**, Wiesbaden.

Zum Einmachen ohne Zucker

von 2 Pfund Obst, Fruchtsaft oder Marmelade genügt

1 Melosar-Tablette N. gs. g.

wirksamer Bestandteil Natriumbenzoat, behördlich empfohlen.

10 Tabletten 40 Pf.

Alleinverkauf: **Tanus-Apotheke, Wiesbaden**
Fernsprecher 106 u. 2261. 654

Schnafen. Mosquin

schützt vor Insektenstichen und beseitigt nach dem Stich Juckreiz und Schwellung. Allein-Vertriebsstelle: 674 Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.

Brennholz! Brennholz! Brennholz!

Große Quantitäten, waggonweise, Kasten, zentnerweise.

Günstige Gelegenheit zum Eindecken des Winterbedarfs!
In jeder Länge geschnitten für Zentralheizungen verkauft
Lagerplatz Kirchgasse, Ecke Luisenstraße und Moritzstraße 16.

Jacob Rückert.
Telephon 4920.

Ämliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Orden und Ehrenzeichen sollen in der Regel nach dem Tode der Inhaber an die königliche General-Ordens-Kommission zurückgegeben werden. Mehrfach ist es nun vorgekommen, daß aus Unkenntnis der bestehenden Vorschriften diese Auszeichnungen dem Verstorbenen von den Hinterbliebenen mit ins Grab gelegt worden sind. Um später Schwierigkeiten und vielfache Rückfragen zu vermeiden, empfiehlt es sich für die Hinterbliebenen verstorbener Ordensinhaber, die Auszeichnungen der General-Ordens-Kommission in Berlin entweder direkt oder durch Vermittelung der Polizei alsbald zurückzugeben. Einige Orden und Ehrenzeichen sind von der Rückgabe ausgeschlossen; näheres hierüber ist bei der Polizei zu erfahren. Wiesbaden, den 30. Juni 1917.
Der Polizei-Präsident. v. Schenk.

Die Sprechstunden der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene sind bis auf Weiteres an folgenden Tagen: Montag, Dienstag, Samstag, vormittags 9^{1/2}—11^{1/2} Uhr. Geschäftsstelle: Wilhelmstraße 24/26, 2. Stock, Zimmer Nr. 51 und 55.
Ämliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene.

Die Abfertigung für den Monat Mai 1917 ist zur Auszahlung angewiesen und kann während der Dienststunden an Wochentagen bei der Abfertigungsstelle, Neugasse 8, abgeholt werden. Zusendung nicht abgeholter Beträge durch die Post an die Empfänger erfolgt nicht mehr.
Städtisches Ämteamt.

Standesamt Wiesbaden.

(Werkst. Zimmer Nr. 30; geöffnet an Wochenenden von 2 bis 4 Uhr; für Verheiratungen nur Diensttag, Donnerstag und Samstag)

Sterbefälle.

Juli 7.: Rentner Meher Baum, 82 J. — Irma Elisabeth Becker, 1 J. — Tagelöhner Jakob Klamp, 46 J. — Georg Kämpfer, 2 J. — 8.: Emil Diehl, 1 J. — Ehefrau Johanne Enders, geb. Schmidt, 53 J. — 9.: Margarete Wehler, 5 J. — 10.: Kaufmann David Revitta, 71 J. — Magdalena Krämer, 1 J. — Kinder mädchen Rina Essinger, 15 J. — Schuhmacher Lehling Hermann Soffinger, 18 J. — 11.: Fabrikarbeiterin Rina Jed. 19 J.

Ämliche Anzeigen Sonnenberg

Bekanntmachung.

Ausgabe der Brotkarten Samstag, den 14. Juli. Zeit: Die gleiche wie die Verkaufsstunden für Fleisch. Ort: Kaffauer Hof.
Sonnenberg, 12. Juli 1917.
Der Bürgermeister. Buchelt.

Bekanntmachung.

Verkauf von Fleisch u. von Wurst bei den hiesigen Messern am Samstag, den 14. Juli 1917, in der abwechselnden Reihenfolge der Brotkarten-Nummern wie folgt:
901—1100 von 7^{1/2}—9 Uhr vorm.
1101—1300 von 9—10 Uhr vorm.
1301—1500 von 10—11 Uhr vorm.
1501—1656 und 1—100 von 11 bis 12 Uhr vorm.
101—300 von 2—4 Uhr nachm.
301—500 von 3—4 Uhr nachm.
501—700 von 4—5 Uhr nachm.
701—900 von 5—6 Uhr nachm.

Während der gleichen Stunden erfolgt die Absteigerung der Fleischmarken von allen Fleischarten im „Kaffauer Hof“.

Durch Aushang wird noch bekannt gegeben werden:

1. welche Mengen für jede Person am Samstag (14. Juli) zum Verkauf kommen;
2. ob am Dienstag den (17. Juli) Fleisch- und Wurstwaren verkauft werden.

Sonnenberg, den 12. Juli 1917.

Der Bürgermeister. Buchelt.

Bekanntmachung.

Ausgabe von Schnittmehl, von Weizenmehl und Marmelade Samstag, den 14. Juli 1917, in den hiesigen Geschäften, und zwar entfallen auf jeden Einwohner:

- 125 Gramm Schnittmehl,
- 125 Gramm Weizenmehl,
- 250 Gramm Marmelade.

Die 3 Artikel werden nur zusammen abgegeben. Die Lebensmittelausweise sind unbedingt vorzulegen.

Sonnenberg, 12. Juli 1917.

Der Bürgermeister. Buchelt.

Bekanntmachung.

Beitrag: Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung von Bleichanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen an öffentlichen und privaten Bauwerken.

Gemäß der Bekanntmachung Nr. 200/1 der Kriegsstoff-Abteilung vom 9. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung der bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Bleichanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen, einschl. kupferner Dachrinnen, Abfallrohre, Fenster- und Gefsimbedeckungen und der an Bleichanlagen befindlichen Platinenteile sind diejenigen Einwohner in Sonnenberg, soweit sich irgend welche der vorgenannten Kupferarten an ihren Bauwerken befinden, verpflichtet, die dafür bestimmten Meldehefte auf dem Bürgermeisterei, Zimmer 8, am Samstag, den 14. ds. Mts., in Empfang zu nehmen und dieselben ausgefüllt bis spätestens 17. Juli zurückzureichen.
Sonnenberg, den 12. Juli 1917.
Der Bürgermeister.
S. B.: Christ, Beigeordneter.

Kurhaus Wiesbaden.

Sonntag, den 15. Juli 1917

zu Gunsten der Förderung des Wiederaufbaues unserer
Patentstadt **Eydtkuhnen**

Volkstümliche Doppel-Konzerte

um 4 und 8 Uhr.

Kurorchester :: Militärmusikkorps.

Während des Abendkonzertes:

Vorträge des Wiesbadener Trompeter-Quartetts.

Tageskarte: 1 Mark.

Karte zum Besuche des Nachmittags- oder Abendkonzertes 50 Pf.

Abonnements-, Kurtax- und Besichtigungskarten berechtigen zum Besuche der Wandelhalle und des Kurgartens nur bis 2 Uhr nachmittags. F274

Bei ungeeigneter Witterung: 4 u. 8 Uhr: Abonnementskonzert des Kurorchesters im grossen Saale.

Städtische Kurverwaltung.

Seife!

Wenn Ihnen meine reine, wirklich gute

Kernseife

zu teuer ist, dann machen Sie mal einen Versuch mit der heute wieder bei mir neu eingetroffenen Kernseife

Wasch-Niegel

1/2 Pfund — natürl. Schaumkraft — frei von schädl. Bestandteilen. Zur Zeit das beste Waschmittel ohne Seifenart. Vom Kriegsausschuss genehmigt. Stück 1.50 Mk. in der Park-Handlung von B. Sulzbach, Ehrenstraße 4.



Verwandten, Freunden u. Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser einziger, braver Sohn und Bruder, Raffe und Enkel,

Karl Eichenauer,

Musketier in einem Reserve-Inf.-Regt., am 7. Juli 1917 ein Opfer dieses Weltkrieges geworden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Wilh. Eichenauer,
Badermeister,
Dohheim, Wiesb. Str. 59.

Statt jeder Karte.

Hoherfreut zeigen die Geburt eines Töchterchens an

Walther Müller

Hauptmann und Batl.-Führer

z. Zt. im Felde.

Carola Müller

geb. John.

Bitsch, Lothr., d. 7. 7. 17.

714

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute entschlief sanft nach längerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel,

Professor Dr. Carl Floeck

im Alter von 68 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Namens derselben:

Medizinalrat Dr. Floeck,

z. Zt. Wetzlar.

Wiesbaden, 11. Juli 1917.

Walkmohlstr. 28.

Die Beerdigung findet in aller Stille statt.

712

Statt jeder besonderen Anzeige.

Mittwoch, den 11. Juli, nachmittags, verschied nach langjährigem, schwerem, mit Geduld getragenen Leiden unerwartet mein geliebter, teurer Gatte,

Herr Hermann Bouffier,

akad. Zeichenlehrer u. Kunstmaler, langjähr. Lehrer an der Gewerbeschule a. D.

Für die Hinterbliebenen: In bitterem Schmerze

Frau Else Bouffier,

geb. Schneevogt.

Die Feuerbestattung findet Samstag, den 14. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium zu Mainz statt.

Heute nachmittag entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Sophie Berger, Wwe.

geb. Leherich

im 80. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Ansfeli.

Wiesbaden, den 12. Juli 1917.

Neugasse 21.

Die Beerdigung findet in aller Stille statt.